

ANTRAG

		Vorlage-Nr.: A 19/0336
CDU-Fraktion SPD-Fraktion WIn-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen FDP-Fraktion Fraktion DIE LINKE Freie Wähler		Datum: 06.06.2019
Bearb.:	Holle, Peter Steinhau-Kühl, Nicolai Rathje, Reimer Muckelberg, Marc-Christopher Wojtkowiak, Sven Berbig, Miro Thedens, Thomas	öffentlich
Az.:		

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Stadtvertretung	25.06.2019	Entscheidung

Norderstedt sagt JA zu Akzeptanz, Respekt und Vielfalt: Bündnisbeitritt der Stadt; hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, WIn, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE und dem Stadtvertreter Herrn Thedens (Freie Wähler) vom 06.06.2019

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt den Beitritt der Stadt Norderstedt zum „Bündnis für Akzeptanz und Respekt Schleswig-Holstein“ und die Unterzeichnung der Lübecker Erklärung. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, dieses möglichst noch dieses Jahr umzusetzen und der Stadtvertretung entsprechend zu berichten.

Zudem soll an geeigneten Tagen eine Regenbogenbeflaggung am Rathaus erfolgen. Darüber hinaus sind seitens der Verwaltung mögliche kommunale Maßnahmen auf Basis der „Lübecker Erklärung“ in Begleitung mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) zu entwickeln, in den Gremien vorzustellen und umzusetzen.

Begründung

Der schleswig-holsteinische Landtag hat im Januar 2014 ohne Gegenstimme den „Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten“ verabschiedet.

Dieser wurde vom LSVD in Kooperation mit dem Sozialministerium erstellt.

Seit August 2014 wird der Aktionsplan von einem „Bündnis gegen Homophobie“ getragen, welcher zwischenzeitlich weiterentwickelt wurde zum „Bündnis für Akzeptanz und Respekt Schleswig-Holstein“.

Es hat zum Ziel, gesellschaftlich relevante Institutionen, Gruppen, Arbeitgeber oder Vereine für eine gleichberechtigte Gesellschaft mit ins Boot zu holen. Denn mit dem Bündnis für Akzeptanz und Respekt entsteht ein weiterer Baustein für ein gerechtes und offenes Schleswig-Holstein, sowohl im Land als auch kommunal.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------

So sind mittlerweile die Städte Kiel, Flensburg, Heide und Rendsburg beigetreten. Unterzeichnet haben auch die Kreise Nordfriesland sowie Rendsburg-Eckernförde. Weitere Kommunen folgen, wie in Kürze die Stadt Pinneberg.

Inhaltlich wird auf die Anlage "Lübecker Erklärung" und deren Wortlaut verwiesen.

Seit etlichen Jahren weht an vielen Rathäusern und Kreishäusern traditionell und ganz selbstverständlich die Regenbogenflagge an bestimmten Tagen. Genauer am 17. Mai, dem internationalen Tag gegen Homo- Bi-, Trans* und Inter*phobie und zu Zeiten regionaler CSDs. In Norderstedt wurde erstmalig - und bisweilen einmalig – geflaggt am 02.10.2017 als die "Ehe für alle" in Kraft trat.

Die Beflaggung ist ein Zeichen der Sichtbarkeit, Vielfalt und Akzeptanz auch der nicht-heterosexuellen Menschen eines Ortes. So wird die gesellschaftliche Teilhabe und hohe Lebensqualität aller Menschen aus Norderstedt gestärkt. Diversität, Respekt und Gleichstellung tun dieser Gesellschaft gut. So haben sich im Standesamt Norderstedt seit 2001 weit über 100 gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebenspartnerschaft eintragen lassen oder sind mittlerweile verheiratet. Denn Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter*Menschen (LSBTI) leben nicht nur in Großstädten, sondern überall. Auch hier in Norderstedt. Mit oder ohne Trauschein. Alleinlebend oder auch als Regenbogenfamilie mit Kindern. Auch deshalb ist Sichtbarkeit von LSBTI in Norderstedt wichtig und richtig.

Es entstehen der Stadt keinerlei Kosten für Beitritt oder Mitgliedschaft. Folgekosten (eventuell personelle) entstehen möglicherweise durch konkrete Umsetzung von Maßnahmen.

Anlagen:

1. Ideensammlung LSVD „kommunal“
2. Lübecker Erklärung
3. Liste Bündnispartner
4. Originalantrag